

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-298
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenstellung:
Gesellschaft 9-3 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Reichstag am 5. Januar.

Wallrafs letzte Amtshandlung.

Der Präsident des Reichstags, Wallraf, teilt mit: Auf Grund der Artikel 23 und 27 der Reichsverfassung wird der neugewählte Reichstag berufen, am Montag, den 5. Januar 1925, nachmittags 3 Uhr, zusammenzutreten.

Die Pariser Verhandlungen.

Wiedertreffen der deutschen Delegation.

Paris, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Mitglieder der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen werden am Dienstag hier erwartet. Vom Handelsminister sind die nötigen Anordnungen getroffen worden, um am Mittwoch bereits die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu ermöglichen.

Die Räumungsfrage.

Keine amerikanische Intervention.

London, 30. Dezember. (W.T.B.) Der amerikanische Beobachter in der Reparationskommission Logan erklärte dem Pariser Berichterstatter einer Nachrichtenagentur, daß die Mitteilung, er habe von Staatssekretär Hughes Anweisungen erhalten, inoffiziell den Alliierten die Ansicht der amerikanischen Regierung zum Ausdruck zu bringen, daß der Erfolg des Dawes-Planes zum größten Teil von einer günstigen Regelung des Problems der Räumung Kölns abhängt, unwahr sei. Er fügte hinzu, er erwarte keine derartigen Anweisungen.

Die Note der Alliierten an Deutschland.

Unstimmigkeit in der Frage der Notifizierung.

Paris, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Legationsrat einer Note, die den Beschluß der Botschafterkonferenz der deutschen Regierung mitteilen soll, ist bekanntlich bereits fertiggestellt und an die zuständigen Regierungen abgegangen. Das Blatt „Deuore“ schreibt dazu, wenn eine Meinungsverschiedenheit zwischen London und Paris bestände, so nur in der Frage der Notifizierung des Beschlusses der Botschafterkonferenz an Deutschland. Frankreich hat seinen Alliierten den Entwurf eines Memorandums vorgelegt, der die Berichte der Kontrollkommission benutzt, um zu zeigen, daß Deutschland die Entwehnungsbestimmungen nicht erfüllt hat und daß daher die Befragung der ersten Zone verlängert werden müsse. England wünscht dieser Note nur einen vorläufigen Charakter zu geben und die endgültige Darstellung der Lage einer zweiten Note vorzubehalten, die die alliierten Regierungen nach Fertigstellung des endgültigen Berichts der Kontrollkommission an Deutschland zu richten hätten.

Paris, 30. Dezember. (W.T.B.) Nach einem Londoner Telegramm des „Matin“ hält die britische Regierung daran fest, daß die Note, die die Botschafterkonferenz an die deutsche Regierung in der Frage der Räumung der Kölner Zone richten werde, rein provisorischen Charakter habe, da der Schlußbericht der Kontrollkommission noch vorliege. Man spricht nach dem Berichterstatter in englischen Kreisen, wo man an dem guten Willen Deutschlands nicht zweifelt, sogar davon, daß die Räumung der Kölner Zone verbunden mit der des Ruhrgebiets im Mai erfolgen könne.

Frankreich erlaubt's!

Also her mit dem Bürgerblock.

Die „Nationalpost“ redet dem Zentrum im Guten zu, es doch um Gotteswillen mit dem Bürgerblock zu versuchen. Es sei doch gar nicht so gefährlich, selbst in Frankreich finde man nichts an einem Bürgerblock in Deutschland. Zum Beweis zitiert die „Nationalpost“ den „Temps“, in dem geschrieben stand:

„Wenn die Wahlen eine Rechtsregierung ergäben, warum sollte man denn nicht ohne große Gefahren eine Rechtsregierung bilden?“

Bei dem schlimmsten Heißblut gegen Deutschland auf diese verstaubte Weise das Zentrum für eine Rechtsregierung zu animieren sucht, muß der Bürgerblock gebildet werden. Die politische Logik der „Nationalpost“, die den „Temps“ als Schwurzeugen anruft, ist reizend.

Elsaß-Lothringen und Frankreich.

Vereinheitlichung der Verwaltung.

Paris, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Kommissionsbericht zur Gesetzesvorlage über die Aufhebung des Generalsekretariats für Elsaß-Lothringen liegt nun vor. Diese Maßnahme stellt eine zweite Etappe in der Rückkehr Elsaß-Lothringens zum französischen Verwaltungsregime dar. Das Ziel der Gesetzgebung, sagt der Bericht, sei eine vollkommene Vereinheitlichung der Verwaltung. Frankreich sei kein Bundesstaat und könne daher nicht dulden, daß ein Teil seines Gebiets seine besonderen Gesetze und seine eigene Verwaltungsorganisation habe. Aber auch das Landesinteresse von Elsaß-Lothringen erfordere, daß diese Provinzen sich dem übrigen Teil der Nation anpassen, sonst laufen sie Gefahr, geistig und moralisch isoliert zu bleiben.

Günstige Konjunktur in England.

London, 30. Dezember. (W.T.B.) „Daily Express“ schreibt, daß alle Zweige der englischen Industrie dem Jahre 1925 mit großen Hoffnungen entgegensehen. Die Handelsbeziehungen hätten sich seit dem

Herbst ständig gebessert und die Lage sei besser als früher. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß eine günstige Konjunktur im kommenden Jahr sicher sei. Der Bund der britischen Industrie sagt auf der Grundlage der von ihm angestellten Nachfrage eine weitere günstige Entwicklung des Welthandels voraus. Auch das Regierungsdepartement für den Ueberseehandel konstatierte gestern, daß die Aussichten für das neue Jahr günstig seien und man könne einen starken Aufschwung in allen Industriezweigen erwarten. Der gestrige Rekordstand des Pfundfußes scheine ebenfalls darauf hinzuweisen, daß die Lage mit Optimismus betrachtet werden könne.

Hessischer Landtagszusammentritt.

Darmstadt, 30. Dezember. (W.T.B.) Die Mitglieder des hessischen Landtags trafen gestern mittag unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten zusammen. Der bisherige Präsident Adlung (Soz.) wurde mit 65 Stimmen wiedergewählt. Die vier Kommunisten stimmten für den Abgeordneten Greiner. Zu Vizepräsidenten wurden die Abgeordneten Ruff (Zentr.) und Dr. v. Helmbold (Bauernbund) wiedergewählt. Präsident Adlung übernahm den Vorsitz und verlas ein Schreiben des Staatspräsidenten Ulrich, wonach die Mitglieder des Gesamtministeriums ihre Ämter in die Hände des Landtags zurücklegten. Die Regierungsbildung wurde auf die nächste noch nicht anberaumte Sitzung verschoben.

Wahlen in Detmold.

Detmold, 30. Dezember. (W.T.B.) Für die Landtagswahl in Sippe sind sieben Wahlvorschläge eingereicht worden, und zwar von der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und von zwei kleineren bürgerlichen Interessengruppen. Die Deutsche Volkspartei hat mit dem Zentrum ein Wahlabkommen getroffen, demzufolge die fünfte Stelle auf der wahlparteilichen Liste einem Kandidaten des Zentrums eingeräumt wird.

Schl. zte Sorgen.

Ludendorff und Rupprecht.

München, 30. Dezember. (W.T.B.) Die „München-Lugsburger Abendzeitung“ bestätigt, daß zwischen den Vertrauensleuten des Kronprinzen Rupprecht und des Generals Ludendorff Besprechungen stattgefunden haben, um zwischen den beiden Herren wenigstens einen gesellschaftlichen modus vivendi zu schaffen.

Stahlhelm auf Reisen.

Verhaftungen in der Tschechoslowakei.

Prag, 30. Dezember. (W.T.B.) Die tschechoslowakische Presse (Bureau.) Ein Roman, der sich bei der Wache auf dem Masaryk-Bahnhof in Prag als Erich Krüger aus Bremen meldete und angab, daß ihm im Schnellzug von Bodenbach nach Bobositz eine Handtasche gestohlen worden sei, wurde als verdächtig an die Sicherheitsabteilung gemeldet, wo er nach langem Zeugnissen gestand, der 37-jährige Beamte Paul Martin Zierstein in aus Magdeburg zu sein. Zierstein floh aus Deutschland aus Furcht vor Strafe, weil er Angehöriger des Stahlhelm war und als Offizier im geheimen neue Mitglieder der Stahlhelmorganisation ausbildete. Als er verhaftet werden sollte, floh er mit vier Genossen über die Grenze. Zufällig stellte es sich heraus, daß auch ein anderes Mitglied des Stahlhelm in die Sicherheitsabteilung eingeliefert worden war. Es war dies der 23-jährige Arbeiter Paul Seiffert aus Magdeburg, der wegen Diebstahlsversuchs am 7. Dezember ergriffen, zu drei Wochen Gefängnis verurteilt und zur Abkürzung der Strafe der Sicherheitsabteilung eingeliefert wurde. Seiffert und Zierstein erkannten einander sofort. Die beiden verhafteten Ausländer wurden vorläufig in Untersuchungshaft belassen.

Keine Hinrichtungen in Litauen.

Begnädigung der zum Tode verurteilten litauischen Kommunisten.

Memel, 30. Dezember. (W.T.B.) Wie berichtet, waren vor einiger Zeit in Kowno vier Kommunisten wegen Verbreitung aufreißerischer Schriften zum Tode verurteilt worden. Das Urteil hätte am Tage vor Weihnachten vollstreckt werden müssen; indessen hat der Staatspräsident die Verurteilten zu lebenslänglichem bzw. 10 Jahren Zuchthaus begnadigt.

Gärung in den Balkanländern.

Maßnahmen gegen die Kommunisten.

Bukarest, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die rumänische Regierung hat mit der strengen Verfolgung der Kommunisten, über die sich die Balkanregierungen einig sind, als erste begonnen. In den verschiedensten Städten Rumaniens sind am Dienstag und Mittwoch 500 Kommunisten die Mitglieder geheimer Verbindungen waren, verhaftet worden.

Belgrad, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die serbische Regierung hat als erste Maßnahme gegen die kommunistische Agitation im Lande ein Gesetz zur Verdrängung des Staatswesens erlassen. Durch dieses Gesetz verfällt die radikal-republikanische Bauernpartei Stephan Raditschs der Auflösung, weil sie in engen Beziehungen zur 3. Internationale steht. Die Führer dieser Partei werden von der politischen Polizei dauernd beobachtet.

Tschechoslowakische Krise.

Neuwahlen im Frühjahr.

Aus der Tschechoslowakei schreibt man uns: In der Vorweihnachtsession hatte das Parlament drei große Arbeiten zu bewältigen: die Alters- und Invalidenversicherung, das Staatsbudget und die Vorlagen über Staatsangestelltenabbau, Regelung der Staatsangestelltenverhältnisse und über die Sparmaßnahmen in der Staatsverwaltung.

Das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz war Programmpunkt aller bisherigen Regierungen. Die Vorlage aber kam erst unter gesteigertem Druck der sozialistischen Parteien ins Parlament und zur Abstimmung. Bürgerliche Parteien setzten alles daran, um das Gesetz zu verhindern. Im letzten Moment wollten die Agrarier nur gegen Einführung von Agrarzöllen für die Sozialversicherung stimmen. Auch dieser Angriff ist abgefallen worden; es blieb nur die Ausdehnung der Arbeitersozialversicherung auf selbständig erwerbstätige Personen (Gewerbetreibende, Kaufleute, kleine Landwirte usw.).

Die Hauptmitarbeiter an diesem Werk waren von der deutschen Sozialdemokratie Genosse Taub, für die tschechischen Genossen Dr. Leo Winer und Johannis. Der kommunistische Abgeordnete Kutschera, der hierbei volles Arbeiterpflichtbewußtsein an den Tag legte, wäre bald um den Kragen gekommen, da ihn seine Klubgenossen als einen Sozialpatrioten und Verräter des Moskauer Tamtuds brandmarkten. Für die Arbeiter vom 60. Lebensjahre an, die aus dem Wirkungskreis des Gesetzes ausgeschlossen sind, hat man besondere Vorkehrungen getroffen. Nun ist aber das Inkrafttreten des Sozialversicherungsgesetzes an die Ausarbeitung eines gleichen Gesetzes für die selbständigen Personen gebunden! Die bürgerlichen Parteien benutzten diese organische Verbindung zu einer Sabotage der Arbeiterversicherung, sie „konnten sich nicht einigen“ über die Details und die Grundlage des zweiten Entwurfes. Um der Sabotage ein Ende zu machen, legte die Regierung ein eigenes Sozialversicherungsgesetz für selbständig erwerbstätige Personen vor. Dieser Entwurf befindet sich zurzeit im sozialpolitischen Ausschuss. Die Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System gemäßigt noch ihrer Kodifizierung.

Die parlamentarische Verhandlung des Staatsvoranschlags ging diesmal unter voller Abwesenheit der nationalen Minderheitsparteien vor sich, die bei Beginn der Debatte eine Protesterklärung abgegeben hatten. Vom Standpunkt der Koalitionsparteien mag es zwar begreiflich sein, wenn alle oppositionellen Änderungsanträge einfach niedergestellt werden, aber diese „Selbstverständlichkeit“ ist vom Standpunkte des Parlamentarismus und der gegebenen Verhältnisse schon weniger selbstverständlich. Denn es gibt wahrlich viele an dem Staatskostenvoranschlag auszusetzen, was übrigens auch die tschechische Sozialdemokratie in der Debatte tat. Das betrifft in erster Linie die Ausgaben für rein militärische Zwecke, die unter dem agrarischen Landesverteidigungsminister Marzal ihre größte Höhe erreichten. Weiter ist es die trotz allen Versprechungen sich jährlich wiederholende verspätete Vorlage des Budgets, die den Kammern nur spärlich die Möglichkeit gibt, zum Voranschlag zu sprechen, aber nichts mehr, als eben nur zu sprechen. Das Parlament ist in allen Angelegenheiten nur der zur Kenntnis nehmende Faktor. Die eigentliche parlamentarische Arbeit vollzieht sich im sogenannten „Zünferauschuh“ (Vestla) der fünf koalitierten Parteien. Von diesen fünf Allmächtigen sind drei gleichzeitig Minister. Wögen die Lobfänger der „nationalen Koalition“ dieses System noch so hoch preisen, eines ist sicher: daß es ungesund ist und in breitesten Schichten der Bevölkerung, besonders aber in der Arbeiterschaft Mißfallen erweckt. Denn dieses System deckt logisch — wenn auch unwillkürlich — Sachen und Affären, mit denen in anderen Verhältnissen gründlich abgerechnet werden müßte.

Die zuletzt verabschiedeten Staatsangestellten-Abbaugesetze beabsichtigen gleichzeitig die rechtlichen und materiellen Verhältnisse der Staatsangestellten zu regeln, wodurch die Schäden, die der Angestelltenchaft die „Gehaltsregelung“ vom Jahre 1922 verursachte, gutgemacht werden sollen. Es sollen im Laufe des kommenden Jahres zunächst 10 Proz. der Angestellten entlassen werden unter Aubilligung von Abfertigungen bzw. Pensionen. Man schätzt die Anzahl der Staatsangestellten auf ungefähr 600 000, darin sind aber auch die Bediensteten der Eisenbahnen, der Post, des Tabakmonopols, staatlicher Eisenwerke usw. inbegriffen. Im Staatsbudget auf 1925 beanspruchen die Personalausgaben zwei Drittel der Gesamtsumme. Aber die eigentliche Belastung lag weniger im Personalstand, als in der schwerfälligen Administration. Die Nichtabgebauten erhalten eine gewisse Aufbesserung, und gleichzeitig wird eine höchst notwendige Verwaltungsreform durchgeführt. Die Gehaltsregelung erfordert über eine halbe Milliarde Kronen, die erstens durch Verwaltungsreformen und Angestelltenabbau ausgetrieben werden, zweitens durch Steuern auf Luxusautos, Kartenspiel, amtlicher Informationserteilung (da scheinen unsere kamolten Verwaltungsgebühren Schule gemacht zu haben) und schließlich durch Erhöhung der Stempelgebühren, Eisenbahnfahrpreise und Telefongebühren. Dies sind zwar keine populären Abgaben, sie sind aber nicht so belastend, wie zum Beispiel die Agrarzölle oder Erhöhung der Zuckerteuer um 250 Kronen pro Kilogramm, was die Nationaldemokraten beargwöhnt haben.

Die Parteien und Gruppen bereiten sich langsam aber sicher für die Wahlen vor. Das wird auch durch die Spaltung der agrarischen Partei, der Partei des Ministerpräsidenten deutlich. Der rechte Flügel unter dem Spiritusforruptionär Senator Fra sch e bildet in diesen Tagen eine selbständige agrarische Partei mit ausgesprochen konservativem Charakter, der nun die reaktionärsten Elemente zuströmen werden. Herr Prunke, dem der „linke Kurs“ des Staatspräsidenten Majarsky ein Greuel ist, eröffnet den Kampf unter der Parole: „Kurs nach rechts!“

Auch die Klerikalen, von der slowakischen Hintarkirche gedrängt, rufen nach neuen Wahlen, um die Durchführung der Trennung der Kirche vom Staat, einen der letzten Regierungsprogrammpunkte, zu verhindern.

Die Kommunisten stehen der politischen Entwicklung ratlos gegenüber. Im Innern der Partei Postenstürzen, Fensterklirren — Kampf zwischen rechts und links.

Die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands, die bis zum neuen Jahr erledigt werden sollte, ist wiederum verschoben worden, bis im Schoß der Koalition „eine notwendige Einigung“ erzielt wird. Die sozialistischen Parteien sind für die Anerkennung Sowjetrußlands, welcher nur die Nationaldemokraten feindlich gegenüberstehen, obzwar ihre Anhänger, soweit sie sich aus den Industriellenkreisen rekrutieren, nach einer definitiven Regelung des Verhältnisses zu Rußland unaufhörlich rufen.

Die Wahlperiode endet erst 1926, man spricht jedoch viel von Neuwahlen im Frühjahr. Infolge der Schäden, die die Kommunisten in der Arbeiterbewegung angerichtet haben, würde der Wahlausgang eine bedeutende Stärkung der Rechten bringen, hauptsächlich der Klerikalen bringen. Daran hat natürlich die Arbeiterschaft durchaus kein Interesse.

Der Staatsbank-Scandal.

Der Jud' ist schuld.

Die Spalten der Rechtspresse sind nach wie vor mit dem Staatsbank-Scandal angefüllt. Freilich, wer aufmerksam lesen kann, merkt, daß es bei gedämpfter Trommelklang geht. Selbst dem blödesten Leser kann man doch nicht weismachen, daß es sich hierbei um republikanische Beamte handelt. Sehr energisch weist das „Berliner Tageblatt“ die verlogene Demagogie der Rechtspresse zurück und betont, daß es sich ausschließlich um Beamte handelt, die aus dem deutsch-nationalen Lager stammen. Auch das „Tageblatt“ fordert eine eingehende Untersuchung:

Selbstverständlich hat die Dessenlosigkeit ein dringendes Interesse daran, daß die Vorkommnisse bei der Staatsbank auf das genaueste aufgefächert werden, sowohl soweit sie kriminellen Charakter haben, als auch insoweit sie etwa zu disziplinarischen Maßnahmen Veranlassung geben. Von dem Verdacht krimineller Verfehlungen abgesehen, ist es doch höchst auffällig, daß der verhaftete Staatsfinanzrat Dr. Kühn zusammen mit einem seiner Kollegen für einen Schadensspruch, der im Zusammenhang mit der Kutsker-Affäre stand, eine Vergütung von 52 000 Goldmark ausgezahlt erhielt, und daß beide Beamte

für die Annahme dieses Betrages die Zustimmung des Präsidenten u. Dombols erhielten.

Es muß auch einmal auf folgende Gesichtspunkte hingewiesen werden: Als der preussische Staat zur Zeit der schwersten Inflation dringend Gelder benötigte, insbesondere zur Bezahlung der Beamtengehälter, da war es immer die Preussische Staatsbank, die dem Geldbeschaffungsbüro des Staates die größten Schwierigkeiten bereitete. Hätte es da nicht nahe gelegen, daß sich die Aufsichtsbehörde, das heißt das Finanzministerium einmal gründlich mit der Frage beschäftigte, wofür denn die Sechshundert Millionen zur Verfügung stehenden beträchtlichen Gelder hergegeben hätte? Vielleicht wären dann schon damals die recht zweifelhaften Verbindungen der Staatsbank aufgeklärt worden. Keinem Verständnis wird es einfallen, etwa die

Deutsch-nationale Volkspartei für die Verfehlungen von Beamten verantwortlich zu machen, die ihr angehören oder ihr nahestehen. Und man wird auch natürlich nicht die Deutsche Volkspartei als die Schuldige an den Bräutigam stellen, weil ein volksparteilicher Minister an der Spitze des Finanzministeriums steht. Aber

welche Angriffe gegen Marxismus, Sozialdemokratie und Republik hätte man wohl in der gesamten Rechtspresse lesen können, wenn etwa der Fall des thüringischen Staatsbankpräsidenten Loeb ähnliche Vorgänge zutage gefördert hätte!

Trotz der genauesten Untersuchung ist gegen Herrn Loeb doch nur erwiesen, daß er mit großem Erfolge für den thüringischen Staat tätig gewesen ist und diesem Millionen Gewinne zugeführt hat, während die Kutsker-Affäre mit einem Verlust von fünfzehn Goldmillionen für die Preussische Staatsbank zu enden droht. Vielleicht lernt die deutsch-nationale Opposition doch aus diesen Vorgängen, daß es nicht genügt, den Feldruf „Gegen den Marxismus“ anzustimmen und nach „Fachbeamten“ zu rufen, um Verfehlungen von der Beamenschaft fernzuhalten, nachdem sich jetzt die gravierendsten und nach Steuerzahler am meisten belastenden Vorgänge in einem Institut ereignet haben, das bisher von jedem Eindringen demokratisch-republikanischen Geistes sich „freigehalten“ hat.

Die deutsch-nationale Opposition wird diesen Ratschlag des „Berliner Tageblatt“ ganz bestimmt nicht befolgen. Sie behandelt solche Dinge nach dem famosen Rezept der Antisemiten: war es ein Jude, dann sieht man die jüdische Gemeinheit, war es ein Christ, dann ist die jüdische Gemeinheit noch viel größer, denn selbstverständlich wurde der Arier von Juden verführt. Im Stil dieses blödsinnigen Rezepts wird der „Lokal-Anzeiger“ und andere deutsch-nationale Plättler auch die Kutsker-Affäre und die Diskreditierung hochgestellter deutsch-nationaler Beamter behandeln. Es wird sogar Dumme geben, die das glauben!

Geständnis der Unfähigkeit.

Die Beamten des alten Regimes.

Im Staatsbank-Scandal plädiert die „Deutsche Zeitung“ für die beteiligten Beamten des alten Regimes auf mildernde Umstände wegen Unfähigkeit:

„Auf der Linken wird man festzustellen versuchen, die schuldigen Beamten stammten aus dem „alten Regime“. Dem ist entgegenzuhalten, daß die hier erneut zutage tretende Korruption schließlich auch in bewährten Beamten ihre Opfer findet, daß diese eben den Mängeln der Kutsker und Genossen nicht gewachsen sind.“

Man wird in den Kreisen der Staatsbankleitung zu diesem Plädoyer sagen: Gott verschone uns vor unseren Freunden. Der jetzige Präsident der Staatsbank hat für das Reich in seiner Eigenschaft als Staatssekretär in Paris allein überaus wichtige Verhandlungen geführt. Wenn man ihm nachsagt, er sei Gestalten wie Kutsker nicht gewachsen, provoziert man die Frage: wie soll er den Franzosen gewachsen sein?

Georgien.

Eine unparteiische Stimme.

In der ausgezeichneten Zeitschrift für Geopolitik veröffentlicht Professor Dr. Obst einen Abschnitt aus seinen „Russischen Skizzen“, der sich ausschließlich mit Georgien beschäftigt. Die Neuerungen dieses Landes sind ihm so interessanter, als sowohl er wie die Zeitschrift für Geopolitik den bolschewistischen Machthabern in absoluter Objektivität gegenüberstehen, ja stellenweise sogar, namentlich für ihre Ostasien-Politik ausgesprochene Sympathien zeigen. Obst schreibt u. a. über den georgischen Aufstand:

„Mit unerbörter Grausamkeit ist der georgische Aufstand niedergeworfen worden. Die offizielle kommunistische Statistik gibt zwar an, daß nur einige hundert Menschen standrechtlich erschossen wurden. Aber wen interessiert diese Zahl? Die wirklichen Opfer einer racheblutigen Soldateska zählen nach Tausenden. Sie wurden

auch ohne standrechtliches Urteil erschossen, oftmals selbst dann, wenn sie nachweislich am Aufstand in keiner Weise beteiligt waren.“ Obst entwickelt eingehend aus der Geschichte des georgischen Volkes die Wurzeln des starken nationalen Freiheitsdranges, der das ganze Land beherrscht.

„Zwischen Zarismus und Leninismus findet der Georgier im Grunde keinen erheblichen Unterschied: die gleiche Knechtung des Volkes hier wie dort, dieselbe Brutalität und Spitzelwirtschaft, dieselbe Arroganz einiger Individuen und Cliquen, die lieblich mit roher Gewalt die große Menge der Andersdenkenden in Schach halten...“

Obst tritt den übertriebenen Meldungen georgischer Emigranten entgegen, als ob es sich bei dem grusinischen Aufstand um eine allgemeine kaukasische Revolution gehandelt habe. Ebenso sehr widerspricht er aber auch der Moskauer Legende, wonach angeblich ein Verzweiflungskampf der georgischen Fürsten gegen die kommunistische Regierung vorgelegen habe:

„Niemand kann und wird im Ernst abstreiten, daß neben der national-begeisterten Intelligenz Georgiens, vor allem der akademischen Jugend Georgiens, sehr viele Bauern und Arbeiter am Aufstand teilgenommen haben. Welchen Sinn konnte es haben, daß z. B. die Arbeiter im Wangaurevier von Tschiaturi die Waffen gegen Moskau erhoben, die Sowjetbeamten gefangen setzten usw.? Will wirklich jemand behaupten, daß die Bergarbeiter von Tschiaturi alles fürstentümliche sahen oder daß sie als Söldlinge der Fürstengeschlechter in den Kampf gegen Moskau gezogen seien?“

Wer unparteiisch an Ort und Stelle alle Berichte und Beschreibungen von Augenzeugen geprüft hat, für den sieht es unabweislich fest: die georgische Intelligenz, die im Sommer 1924 gemeinsam mit georgischen Bauern und Arbeitern zu den Waffen gegriffen hat, wurde von reiner und selbstloser Vaterlandsliebe zu diesem Schritt getrieben. Man erschloß sich zum äußersten in der Überzeugung, daß anders die von dem gesamten georgischen Volke ersehnte nationale Unabhängigkeit nicht zu erringen ist.

Daß hinter der Aufrichtung der Sowjetrepublik in Georgien, wie überall in Rußland, nur eine kleine, aber über die Machtmittel des Staates gebietende Minderheit stand, ist allgemein bekannt. In der großen Masse des georgischen Volkes ist der nationale Gedanke, der Drang nach völliger Souveränität, unendlich viel stärker als das Verlangen nach einer Diktatur des Proletariats... Es wird bestimmt nicht der letzte Aufstand dieses heldenhaften Volkes gewesen sein.“

Obsts Schilderungen bestätigen nur das, was in der Polemik mit den Bolschewisten über Georgien stets behauptet ist: der georgische Aufstand, wie man auch über seine Zweckmäßigkeit urteilen mag, entspringt nicht irgendwelchen reaktionären Tendenzen, sondern dem Freiheitsdrang des georgischen Volkes. Er ist von denselben Bolschewiki, die angeblich die Selbständigkeit der kleinen Nationen auf ihre Fahne geschrieben haben, mit einer Brutalität ohnegleichen niedergeworfen. Das genügt vollständig zur Beurteilung der bolschewistischen Politik in Georgien.

Unqualifizierbares Verhalten.

Offener Brief an Ben Tillet.

Der Auslandsdelegierte der Sozialdemokratischen Partei Rußlands hat sich an Ben Tillet, eines der Mitglieder der englischen Delegation in Rußland, mit folgendem Schreiben gewandt:

„An Nr. 286 des Moskauer „Newspaper“ vom 14. Dezember 1924 ist ein Interview mit Ihnen veröffentlicht, unter dem sich Ihres feststellbare Unterschrift befindet als Bestätigung der Authentizität dieses Interviews.“

In dem Interview werden Ihnen u. a. folgende Worte zugeschrieben:

„Sie und da haben wir auch Strömungen kennengelernt, die gegen die Sowjetgewalt sind. Aber diese Strömungen sind für die Wirklichkeit in Sowjetrußland nicht charakteristisch; sie werden zweifellos von den ausländischen Kapitalisten unterstützt, wie beispielsweise die Menschewisten von den französischen Kapitalisten in Paris unterstützt werden. Diese Strömungen sind ein Teilchen der internationalen Verschwörung der Kapitalisten gegen Rußland.“

Unter dumpfen Menschen.

Von Hans Heinrich Strätner.

Meine Augen irren über die Menge, welche der Weg, die Genußsucht, die Langeweile, die Einsamkeit oder die bittere Kälte in dieses Lokal gedrängt haben. Zigarettenrauch steigt in grauen Linien zur Decke, um sich dort zu verlieren wie die vielen leeren Reden. Es kann hier keiner denken, die Strömungen der Menschenseele lähmen.

Sekunde um Sekunde vom großen Leben schleicht ungeliebt, leise lagend an den Menschen vorbei, unbeachtet wie der Sand, der durch seine Kinderhände rinnt. Ich denke an einen, der am Log an der Drehbank arbeitet, auf dem Heimweg vor dem Buchstaben steht, jeden Titel langsam spricht und sich dann abwendet. Der den Schlaf bezwingt, wenn Mitternacht schon längst vorüber. Er möchte soviel von den Wundern und Tiefen des Lebens wissen. Und die Zeit ist doch so kurz! Er hat weite, glänzende Augen. Er spricht nur wenig.

Die Musik hier ist so stumpf wie der Schritt jener Menschen, die über die Straßen huschen, unter der Laterne bestimmtere Formen annehmen und sich in der Dämmerung wieder auflösen. Aus Gang und Haltung dichte ich mir ihr Los zusammen. Vergebens warte ich auf Klang und Farbe. Nur tagemüde Menschen hasten vorüber, keiner, der das Leben auf sonnigen Schultern trägt. Vielleicht ist es ja zu schwer.

Die Vorhänge werden zugezogen. Die Musik spielt dazu die Agmont-Duvertüre. Das wird keiner sonderbar finden.

Ein junger Herr drängt an meinen Tisch. Welch ein hohles Pathos steckt in seinem Grun! Ob der schon auf hohem Berg gestanden hat mit schweißtriefender Stirn, in glitzernder Stille? Er trinkt seinen Wein mit wüsten Lippen, ohne zu genießen. Und doch wird er in jeder Stunde zu sich selber sagen: „Ich will das Leben genießen!“ Ich denke an einen Jungen, der sogar Andacht hatte, wenn er sich über den Quell neigte und klares Wasser trank.

Ich habe wohl lange mit der Hand die Augen beschattet. Sie ist an mir vorbeigegangen, die Namenlose. Wie einst. Während ich in stillen Stunden rang und vor ihrem hohen Bilde kniete, ist sie an mir vorbeigegangen. Ein Schmetterling, der einst mit bunten Flügeln, sonnüberflutet, in meinen Garten flog. Manchmal nur kommt ein Wunder, wenn ein kaltes Blatt vom Baum taumelt.

Ich verkomme in der Leere ringsum, unter all den dumpfen Menschen. Ich will in den dunklen Abend gehen.

Vollstühne. Kallus Sab hält auf Einladung der Volkstühne im Januar einen Vortrag von vier Vorträgen über: „Das Drama der Gegenwart“. Die Vorträge finden statt am 4., 11., 18. und 25. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgercafé des Rathauses. Karten für jeden Vortrag zum Preise von 50 Pf. in den Verkaufsstellen der Volkstühne und am Saaleingang.

„Der Barbier von Bagdad“.

Zweimal schwirren in der deutschen komischen Oper lustig schwebende Diener und Barbieri über die Bühne: bei Mozart, bei Cornelius, in Sevilla und in Bagdad. Das orientalische Milieu gibt dem Meisterwerk des Peter Cornelius eine besondere Färbung, und der Spritzer statet seine komische Oper mit einigen Glanznummern feinsten Intimität und quellendster Melodik aus. Dazu gehört das Liebesduett und das Terzett „Er kommt“, sowie der Einleitungs- und Schlusschor „Salem Aleikum“. Das sind unvergängliche Seiten. Rechnet man zu den Kleinodien der Partitur noch die beiden Duvertüren und die ganze große Buffizene des Barbiers, die fast den ersten Akt füllt, so steht man erstaunt vor dem Schicksal dieser Musik, die ein Liebling der Kenner und ein Stiefkind der Bühne ist und bleibt. Die Originalfassung zeigt, daß dem leichtfertigen, ja wihigen Text eine ebenso leichte, schwingende, scherzende Dreifachsprache beigelegt ist. Der Einfluß Richard Wagner's aus der Zeit des „Lohengrin“ und des Pariser „Lantelhäuser“ bleibt auch dann noch unverkennbar, besonders in den Liebesergüssen des Nurcedin und der geistreichen Notionenspielen, der H. Moll-Duvertüre.

Aber die gestrige Aufführung in der Staatsoper zeigte zugleich, wie eigen das Licht Cornelius auch im Schatten der Sonne Wagner leuchtet. Eine so feine wasserhelle, von fallendem Pathos freie, auch in der Lustigkeit vornehme Musik, ist seit Mozart gewiß nicht geschrieben worden. Und die beiden Meister der großen komischen Opern „Meisterfänger“ und „Kallstall“ waren ja im Entstehungsjahr des Bagdader Kallens, 1857, noch nicht geschrieben. Knüpfer und Gura waren einst geniale Barbieri, Braun ist ein sehr guter, auch wenn die Humore nicht primärer Natur sind. Das ist sicher auch bei dem Dirigenten Kleiber der Fall; aber was er ansieht, macht er interessant. Die zweite der Duvertüren wurde ostentativ beklatscht. Paul Stieber könnte im Spiel gewandter sein, sein Tenor ist noch nicht frei, aber von schöner Kantilene. Della Reinhardt eine schüchtern-liebe Margarina mit wenig Temperament, das bei der Arndt-Ober in jedem Blick und jedem Ton lauert. Die kleineren Partien waren mit Henke und Armster glänzend besetzt. Fürdierlich das Vorspiel, das in einer trockenen langweiligen rhetorischen minderwertigen, einer völlig nervösmachenden Gedankrede von Carl Cornelius bestand. Man wünschte dem Sohn ein Quentchen Humor, Witz und Geist des Vaters. Sätze des Intendanten ist es, auch vor dem Vorhang Regie zu führen. Mit den Gedankreden scheint man dort besonders Beacht zu haben.

Kurt Singer.

Ruffengastspiel.

Die Mitglieder des (geplanten) Moskauer Künstlertheaters sind wieder in Berlin. Sie geben nur ein kurzes Gastspiel. Da sitzen nun im Deutschen Künstlertheater die hierher vertriebenen Russen, lauschen voll Anbacht und Schluß: den vertrockneten Klängen ihrer Heimat, und wir Deutsche. Für uns, denen die Sprache wellenfern fremd klingt, bedeuten die Russen einmal ein Programm. Wir warteten auf die künstlerische Offenbarung.

Die „Medea“ des Euripides, die gestern in sehr freier, aber würdiger Bearbeitung von den Moskauer Künstlern gespielt wurde, ist ein früherer Stoff. Euripides hat nicht die Schwere und Feierlichkeit des unabweisbaren Schicksals, die den Dramen der beiden anderen großen griechischen Tragiker die düstere Weihe verleihen. Seine Medea ist ein Weib mit den Vorzügen und Fehlern eines Menschen. Die jämmerliche Hingabe der Heimatwurzeln an ihren Schmerz, um den treulosen Gatten, die rasende Leidenschaft und der graufie Rachehunger der Verschmähten sind zwar von gigantischer Ausmaß, aber nicht von der schicksalhaften Dämonie, die die Russen zum Grundzug der Regie machen. Der Chor, dieses schwierige Theatervorhaben, verschmolz mit der Handlung zur Einheit. Auf der Bühne erstanden und lästern sich lebende Bilder von der Größe und Weihe der Antike. Aber so schön und ergreifend die schmerzreiche Medea der Gernandso auch war, man merkte, sie fühlte sich nicht in ihrem Element. Die Betragenheit des Kallens Stills wirkte gelacht und das unmotivierete allzu häufige Greifen nach ihren Bewändern sogar lächerlich.

Bewinn des Abends waren die Ausstattung des Andrejew und die Musik des Rodaschewskij. Mit einfachsten Mitteln hat da der Moser Bilder von phantastischem Umriß und unendlicher Weihe geschaffen, und die dunklen fliegenden Klänge einer bewußt monotonen melodiefreien Komposition gaben den hierischen Rahmen zur Tragik der Handlung.

Ernst Degner.

Das Schloßpark-Theater Steglitz führte gestern das „Dreimäderlhaus“ wieder auf. Bertha v. Boh ließ sich als Honneel eine hübsche und wohlansprechende Stimme hören, die sich vermutlich auch von einem anderen Hintergrund als dem überaus trübseligen der Steglitzer Aufführung gut erheben würde. Immerhin war wenigstens der Franz Schubert durch Heinrich Moskow würdig dargestellt und anständig gesungen.

„Hauffe“ in Philosophie. Das Interesse für Philosophie ist seit dem Kriege bedeutend gesunken. Das kann man an besten aus einer Statistik über die Neuerscheinungen philosophischer Bücher erkennen, die E. Schönrod für die Jahre 1919—1922 in der Zeitschrift „Minerva“ veröffentlicht hat. Weltweit an der Spitze der philosophischen Büchererzeugung steht Deutschland. Es hat in den vier Jahren 2 908 neue philosophische Bücher herausgebracht. Die Zahl betrug 1919 654 Neuerscheinungen, hier dann 1920 auf 950 an und war 1921 693, 1922 611. An zweiter Stelle stehen die Vereinigten Staaten mit 1165 Neuerscheinungen, die von 266 im Jahre 1919 auf 356 1922 stiegen. Großbritannien hatte 1971 Neuerscheinungen zu verzeichnen, Italien 748, Frankreich 602, die Tschechoslowakei 431, Dänemark 321, die Niederlande 268, die Schweiz 87, Schweden 74, Norwegen 57. Die Gesamtsumme der Neuerscheinungen in diesen Ländern, zu denen noch Uruguay und Ungarn kommen, beläuft sich auf 7831.

Tragischer Tod von 29 Gelehrten. Wie die „New York Times“ berichtet, sind 29 Gelehrten der Universität Kowakoff mit ihren Familien bei einem Sturm auf dem Schwarzem Meer zwei Tage vor dem Weihnachtsfest ums Leben gekommen. Die Universität hatte kurz zuvor wegen finanzieller Schwierigkeiten ihre Vorlesungen einstellen müssen, und die Gelehrten, die sich dem Nichts gegenübersehen, hatten sich nach Odesa eingeschifft, wo sie Arbeit und Brot zu finden hofften.

Sie haben bisher die Ihnen zugeschriebenen Worte nicht demer-
siert, und erkennen sie folglich als authentisch an. Mit diesen Worten
haben Sie lediglich jene schamlose Verleumdung wiederholt,
die die Bolschewisten unablässig, aber stets erfolglos gegen uns in
Bong zu bringen gesucht haben. Die Politik unserer Partei ist den
russischen Arbeitern wie der gesamten sozialistischen Internationale
zu gut bekannt, als daß wir uns vor einer Verleumdung vertheidigen
müßten, die einen integrierenden Bestandteil des Kampfes der Bol-
schewisten gegen den Sozialismus bildet.

In Ihrem Munde können jedoch die Worte in den Augen der
russischen Arbeiter eine andere Bedeutung erlangen. Es wird ihnen
schwer fallen zu glauben, daß ein alter Praktiker der englischen
Arbeiterbewegung fähig wäre, leichtfertig die bolschewistische Ver-
leumdung gegen eine Partei zu wiederholen, die derselben Inter-
nationale wie er selbst angehört. Die russischen Arbeiter werden an-
nehmen dürfen, daß Sie irgendwelche im Auslande gesammelte An-
gaben über die Unterstützung unserer Partei durch französische Kapi-
talisten besitzen. Sie werden berechtigt sein, zu glauben, daß Sie
nicht einfach die bolschewistische Verleumdung wiederholen, sondern
eine Zeugnisaussage machen, daß unsere Partei sich den französischen
Kapitalisten verkauft habe.

Angehts dieser Umstände veröffentlichen wir diesen offenen
Brief an Sie in der Presse und appellieren gleichzeitig wegen Ihrer
unqualifizierbaren Handlungsweise an das Exekutiv-
komitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale, das am 3. Januar
1925 in Brüssel zusammentritt.

Mussolini unter Anklage.

Rossis Denkschrift.

Rom, 27. Dezember. (Eigener Bericht.)
Mussolini hat die edle Kunst, seine Freunde
preiszugeben, sobald sie un bequem wurden, so oft
geübt, daß es nur recht und billig erscheint, wenn er das
andere bereite Schicksal nun selbst erfährt. Cesare Rossi
hat in seiner Denkschrift seinen Herrn und Meister vollkom-
men preisgegeben. In den Tagen von der Ermordung Matte-
ottis bis zu seiner Verhaftung, als er wie ein gehetzter Hirsch
Rückzug suchte, hat Rossi sich seiner Haut gewehrt, ohne
Rücksicht auf irgendwen, verbißten, gehässig. Ohne Frage:
Er verleidet sich als das, was er ist: als ein kleiner gemeiner
Mensch, der sich als willenloses Werkzeug noch größerer Ge-
meinheit und Schultigkeit darstellt. Dies war der Mann, der
jahrelang Mussolinis bester Freund war: seine
Treue reicht nicht länger als sein Gold, wie Mussolinis Dank-
barkeit nicht weiter reicht als Mussolinis Vorteil. Moralisch
sind Ankläger und Angeklagter quitt.

Die Denkschrift ist unvollständig. Am ausführlichsten
verbreitet sie sich über die Ehrenstellen, die Rossi in der
faschistischen Partei bekleidet hat. Als großes Verdienst
rechnet es Rossi sich an, daß er für den Krieg eingetreten ist,
daß er Interventionist war; weiter hat er sich aber nicht am
Kriege beteiligt. Wie ein gehetzter Fuchs verliert er alle Hal-
tung. Die Denkschrift ist wirr, unordentlich, ohne Sinn für
das Wesentliche; auch bricht sie ab, ehe sie zur Ermordung
Matteottis gelangte. Sie kennzeichnet nur das System:
ein rachsüchtiger grausamer Mensch, dessen Linsen sich seine
Werkzeuge beugen, und der alle Mittel des Staates seinem
Privatwohl dienlich macht.

Was, was geschehen ist, ist entweder auf direkten
Willen des Heerführers oder mit seiner Billigung oder
unter seiner Mitschuld geschahen. Ich beziehe mich hier auf die
Wahrscheinlichkeit Amendolas (früheren Ministers unter Ritti), die ohne
mein Wissen von Mussolini angeordnet wurde und die De Bono von
Gandolfi (einem Offizier der römischen Miliz) ausführen ließ, auf
den Überfall auf Misuri (dissidenten faschistischen Abgeordneten),
den De Bono auf Anregung Mussolinis organisierte; auf den
Anschlag auf Forini, den Mussolini sehr ausgegert
direkt bei mir bestellt hat und den ich im Einvernehmen
mit Giunto organisierte... auf die Zerstörung der faschistischen
Bereine in der Princesa, die Mussolini bei dem Abgeordneten Magli
bestellt hat und dann so freundlich war, mir in die Schuhe zu schieben.
Ich füge hinzu, daß Fascisti (der Privatsekretär Mussolinis) Tag
für Tag an die lokalen Fasci die Namen der Spender für die
Sammlungen zugunsten des Bacc Republicana,
des „Coanti“, der „Giustizia“, der „Unita“, der „Nostri libera“ usw.
zu senden habe, damit die Unterzeichner mit Nazinusul und Stad-
büchern traktiert wurden. Ich beziehe mich weiter auf die Absendung
nach Frankreich von Dumini, Belpi, Pulato, mit gefälschten
Pässen, die der General De Bono geliefert hatte, mit Geld von
Fini, das in Gegenwart des Abgeordneten Postanini ausgehändigt
wurde; die Reise hatte den Zweck, den in Frankreich getöteten
Faschisten Wert zu rächen. Ich füge weiter hinzu, daß Dumini,
Pulato und Belpi ein permanentes Gratifikationsbüro für
die Eisenbahn besaßen, das die Generaldirektion der Polizei
von der Generaldirektion der Eisenbahnen erhielt hatte.

Der Überfall auf Forini (dissidenten Faschisten) hat folgenden
Ursprung. Eines Nachmittags wurde ich durch Mussolini
telephonisch dringend in den Palazzo Chigi gerufen,
und fand den Präsidenten in einem Zustand wahnsinnigster Wut
und Aufregung wegen Forinis Rede in Triesta... Er brüllte
mir mehrmals zu, daß der Faschismus gar keinen Instinkt der
Selbstvertheidigung hätte und daß es ihm immer zusehe, den Warm
zu geben. Auf einmal rief er aus: „Aber was tut denn Dumini?“
Und dann erging er sich in einigen Unflätigkeiten, die zu seinem täg-
lichen Wortwitz gehören.

Bei einer andern Gelegenheit, als von einer neuen Rede Mussuris
die Frage ist (es war das nach dem ersten Attentat auf diesen Ab-
geordneten), sagte Mussolini: „Diesmal muß man den Haken
aber wirklich umbringen“, worauf De Bono be-
merklich, mit gefälligen Lächeln: „Darüber wollen wir uns aber ins
Einvernehmen setzen: wenn wir ihn umbringen, dann
besser vor als nach der Rede, so ersparen wir uns den
Schaden der Spektakel der Gegner.“

Die ganze Kleinlichkeit und Erbärmlichkeit des Diktators
geht aus der folgenden Episode hervor. Als sich der Anta-
gonismus zwischen D'Annunzio und Mussolini eben aus-
e, sandte eine Familie der Provinz Cremona ein
Sympathietelegramm an den Diktator. Das Telegramm wurde
abgefangen und Mussolini beauftragte Farinacci (den Haupt-
ling der Provinz Cremona) telegraphisch, die Familie mit
dem Knüttel zu traktieren und ihr Abitur zu beizubringen.

Viele der blutrünstigsten Artikel der „Grazia
Volta“ und des „Impero“ sind, Rossi zufolge, von Musso-
lini selbst geschrieben worden. An dem Tage — am
26. Dezember 1923 — an dem sich Mussolini die Einzel-
heiten des Überfalls auf Amendola telephonisch be-
richten ließ, sagte er abschließend, „ich habe heute mit be-
sonderem Appetit zu Mittag gegessen“. Das hin-
derte ihn nicht, nachher die bößhaftige Ausführung des Attentats
scharf zu kritisieren. Die Attentäter waren direkt in der
Galerie der Miliz abgestiegen! Ueble Folgen hat die Kritik
freilich für sie nicht gehabt.

Der Roman eines Sechsten.

Schuld vor dem Strafrichter.

Wie ein Kriminalroman liess die Schilderung seiner Ver-
brechensgeschichte, die der seit sechs Jahren von allen möglichen Straf-
behörden wegen der schwersten Verbrechen gesucht, erst 27 Jahre
alte Lederarbeiter Johann Schud dem großen Schöff-
engericht Mitte in allen Einzelheiten und in ausführlichster Weise
vortrug, wo er sich heute wegen zahlreicher Straftaten zu verant-
worten hatte.

Schud ist kürzlich, wie berichtet wurde, in Wien festgenommen
und nach Deutschland ausgeliefert worden. Mitangeklagt sind der
Klavierspieler Helbig und die Ehefrau Anna Herbst wegen
Begründung, die letztere auch wegen Hehlerei. Schud ist wiederholt
in der Zwischenzeit in Deutschland unter falschem Namen verurteilt
worden. Es ist ihm aber immer gelungen, aus den Gefängnissen
auszubrechen, oder auf dem Transport zu entspringen. Erst jetzt
konnte er wegen seiner Hauptstraftaten zur Verantwortung gezogen
werden, nachdem seine Mitbeteiligten an den verschiedenen Ver-
brechen längst abgeurteilt worden sind. Zu den „Heldentaten“ Schuds
gehört auch ein Raub an einer Frau. Ganz besonderes Aufsehen
erregte jedoch der Hauptanklagepunkt, der einen Bankbetrug
gegen die Deutsche Bank betrifft. Es handelt sich um den
Fall Raissone und Genossen, der seinerzeit großes Interesse
erregte und auch bereits die Gerichte beschäftigt hat. Schud ist von
Beruf Lederarbeiter und stammt aus Zellhausen bei Offenbach.
Nachdem er im Jahre 1916 vom Militär entlassen worden war, geriet
er in Verberetreibung. Er wurde bald, trotz seiner Jugend, ein
gefährlicher Einbrecher und wurde sehr bald von 18 Staatsanwaltschaften
gesucht. Allerdings bestritt der Angeklagte bei Beginn der
Verhandlung, daß die Zahl der Behörden, die an ihm Interesse
haben, eine so große Zahl sein könne. Nachdem ihm der Boden in
Deutschland zu heiß geworden war, schloß er sich den Balli-
stuntgruppen an, lehrte dann aber mit falschen Pässen nach
Deutschland zurück und wurde in Frankfurt a. M. und in Stuttgart
wegen weiterer Verbrechen unter falschem Namen als ein Deutsch-
balle Rothfelder verurteilt. Es gelang ihm jedoch auch jetzt wieder
aus der Strafanstalt Ulm nach wenigen Tagen zu entweichen. Nach-
dem er noch eine Reihe Einbrüche verübt hat, lernte er zufällig auf
der Straße Raissone kennen, mit dem er unter Zuhilfenahme
einer großen Reihe von Mithelfern den großen Bankbetrug, dem
die Deutsche Bank zum Opfer fiel, in Szene setzte. Bei seinen Irr-
fahrten zur Vorbereitung des Schudbetruges, bei dem für 475000
Mark Glanzstoffaktien erbeutet wurden, war Schud auch
nach Potsdam gekommen, wo er unter dem Verdacht, ein Raub-
mörder zu sein, verhaftet wurde. Man hielt ihn für den Raubmörder
von Döberitz, und zwei Monate lag er unter diesem Verdacht im
Gefängnis, immer unter dem falschen Namen eines Deutsch-
balle Siegfried Johann Bachfelder. Als er schließlich entlassen
worden war, konnte er sich an die Ausarbeitung des alten Planes,
den er mit Raissone und einem gewissen Wekauf, zu denen sich
noch ein Bankbeamter Karl Schinkel gesellte, machen. Zunächst
hatten sie den Plan, einen Betrag mit Traveller-Schecks zu verüben.
Als das aber mißlang, drängte Schud Raissone, in einer anderen
Weise einen großen Schlag auf die Deutsche Bank zu verüben.
Raissone verschaffte sich aus der Registratur der Bank eine eigen-
händige Unterschrift des Direktors Johannes Urban von der
ersten österreichischen Glanzstoff-Fabrik U. S. Schud begab sich nun
nach Tachen und ließ in einer Druckerlei hundert Firmenbriefbogen
der Aktiengesellschaft drucken. Er selbst verschaffte sich einen falschen
Paß mit Hilfe eines Hilfspostbeamten in Frankfurt a. M. unter
dem Namen Heinz Urban, Sohn des Direktors Urban aus Wien.
Mit gefälschten Schreiben wurde dann die Tachener Filiale
der Deutschen Bank veranlaßt, die Aktiendepots ihres Kunden Urban
nach der Zentrale in Berlin auf das Konto von Heinz Urban zu
überweisen und allmählich wurde von diesem Konto der Aktienposten
abgehoben. Schud hat dann mit dem erlösten Gelde die Dreifach-
bellehen, in Berlin zusammen mit seiner Geliebten ein Zigarren-
geschäft unter dem Namen Cordier zu eröffnen. Die Mitange-
klagte Anna Herbst erhielt Kenntnis von den Straftaten Schuds und
Schinkels und bewachte die Gehegenheit, Sprengungen an den Ver-
brechern zu verüben. Als dann auch in Berlin wieder Schud trotz
seiner falschen Pässe der Boden zu heiß wurde, flüchtete er und
konnte schließlich in Wien verhaftet werden.

Die Flucht Spiritusdiebers Weber in die Tschechoslowakei.

Der ehemalige Generaldirektor Hermann Weber, der
bekanntlich beschuldigt wird, das Spiritusmonopol um
viele Millionen Mark dadurch geschädigt zu haben,
daß er mit Hilfe zugewandter Zollbeamten große Mengen reinen
Spiritus zu einem Preise erzielte, der sonst für denaturierten Spi-
ritus gilt war, wie ermerktlich, vor wenigen Tagen flüchtig geworden.
Die Annahme, daß er an irgendeiner wenig begangenen Stelle die
Grenze überschritten würde, scheint sich zu bestätigen. Die Flucht ist
im Automobilsorgenommen worden, führte über das märkische
Südliche Ludau, dann weiter nach Götlich und von dort weiter
über Waldenburger Gebiet in die Tschechoslowakei. Hoffent-
lich wird man seiner auch dort habhaft. Denn während es diesen
Strafgefangenen offenbar in Folge Fahrlässigkeit von Beamten zu fliehen
gelang, sitzen bereits eine große Anzahl von Leuten, die an seinen
Scheitlungen beteiligt sind, in Untersuchungshaft.

Ein wildgewordener „Schriftsteller“.

Durch sein auffälliges eitles Hin- und Herschauen auf einem
Postdreieck in Schönberg und im Zentrum der Stadt umher machte
sich ein Mann verdächtig, der im Laufe des Abends mehrere Male
an denselben Schuposten vorbei kam und dessen Aufmerksamkeit
dadurch erregte, daß er wie tollkühn, auch wenn niemand
auf dem Damm war, den er hätte überfahren können. Schließlich
nahm ihn ein Beamter fest und brachte ihn zum Polizeirevier. Hier
wurde er als ein gewisser 26 Jahre alter Richard Kaufmann
festgestellt, der sich „Schriftsteller“ nannte. Weiter wurde ermittelt,
daß das Fahrrad mit acht Paketen auf einem Schöneberger
Postamt in den Vormittagsstunden gestohlen war. In
der Wohnung Kaufmanns am Engelufer wurden bei einer Durch-
suchung mehrere Kisten Zigarren gefunden, die den Inhalt eines der
Pakete gebildet hatten. Kaufmann gab jetzt zu, diesen Diebstahl aus-
geführt zu haben. Wo die anderen Pakete geblieben sind, will er
nicht wissen. In einem anderen Paket war ein kleiner Weihnachts-
baum. Diesen habe er zuerst bei keinen willen Fahren mit sich ge-
führt. Als es dunkel wurde, habe er den Weihnachtsbaum, der mit
Lichtern usw. versehen war, in den Fluß eines Hauses in der Admiral-
straße gestellt und dort angezündet. Der Baum wurde später dort
auch gefunden. Nach alledem scheint es, daß der Mann nicht ganz
normal ist.

Empfindliche Strafe für einen Wilderer.

Ein Berliner Wilderer, der seit April d. J. die ausgedehnten
Forsten des Rieselsang unheimlich machte, stand in
Spandan vor dem großen Schöffengericht. In der Gegend
zwischen Rauhen, Gräneland, Falkenhagen und
Bredow schoß ein Wilderer im Laufe des Jahres so viel ab, daß
er oft das Fleisch gar nicht alles verwerten konnte
und nur das Gekochte mitnahm. Nachdem er auf einem neuen Streif-
zug von Waldarbeitern beobachtet und verfolgt worden war, wurde
er endlich im November d. J. gefaßt. Es war ein 38 Jahre alter
Werkzeugmacher Ernst Koloff, der in Berlin in der Brunnenstraße
bei seiner Geliebten wohnte, nachdem er sich von seiner Frau ge-
trennt hatte. Koloff behauptete eine Wäsche mit einem starken Draht-
seiden und Schalldämpfer; sie war zusammenlegbar und
wurde in keinem Kutschwagen gefunden. Den er auf der Flucht unter
einer Fledermaus versteckte. Durch seine Frau und seine Geliebte
wurde nachgewiesen, daß Wäsche und Kutschwagen Eigentum waren.
Der Bericht behauptete er nun, daß er diese Wäsche lediglich als

Zimmerstube benutzt habe. Damit fand er natürlich keinen
Glauben, weil man einen Zimmerstube nicht zum Zusammenlegen
umarbeiten und mit einem Drahtseiden versehen wird. Der Ange-
klagte wurde überführt und wegen gewerbmäßigen Wil-
dernes zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis unter Anrech-
nung von 1 Monat Untersuchungshaft und zu 3 Jahren Ehrverlust
verurteilt. Seine Bitte um Bewährungsfrist wurde abgelehnt.

Kutischer-Seehandlung.

Die Prüfung der Bücher und Korrespondenzen.

Bereits angekündigt, hat die Staatsanwaltschaft
am heutigen Dienstag früh mit der Prüfung der Geschäftsbücher
und der Korrespondenz der unter Leitung des Generaldirektors
Kutischer stehenden Berliner Niederlassung des Bres-
lauer Bankhauses E. v. Stein begonnen. Diese Arbeit
dürfte bei dem Umfang, den selbst das heute noch vorhandene
Material in der genannten Bank besitzt, mehrere Tage in Anspruch
nehmen. Vor allem wird sich die Untersuchung auf die Unterlagen
für die Kutischerischen Kreditgeschäfte mit der Staatsbank beziehen,
wobei man hoffentlich auch ein klares Bild über den Wert der an-
gebotenen Sicherheiten gewinnen wird. Interessant dürfte weiterhin
auch die Feststellung sein, zu welchen Zwecken und mit welchen
Gewinnen Kutischer die in der Zeit drüdenster Kreditnot von der
Staatsbank erhaltenen Millionenkredite verwandt hat. Die Prüfung
der Geschäftskorrespondenz dürfte vielleicht auch Aufschluß über die
von Kutischer und seinen Freunden, darunter den Gebrüdern Top-
tini, um das Hanauer Lager inszenierten Intriguen und
Rachenschaften bringen. Vielleicht erfährt man aus den Geschäfts-
büchern der Firma auch etwas über die Verhandlungen, die mit
einigen „Firmen“, z. B. der „Firma“ Grube, in der Frage
der Ausstellung der vielgenannten Wechsel gepflogen wurden, die
die Seehandlung als Sicherheit erhalten hat. Bekanntlich hatte sich
die Firma Grube nur unter dem Vorbehalt zur Unterzeichnung der
Wechsel verpflichtet, daß sie daraus nach keiner Richtung hin in An-
spruch genommen werden dürfe. Im übrigen ist, wie wir von zu-
ständiger Seite erfahren, für die nächste Zeit mit irgendwelchen
neueren Ereignissen im Fall Kutischer nicht zu rechnen,
also auch vorläufig nicht mit weiteren Verhaftungen. Das ange-
sammelte Material wird von dem Spezialdezernenten der Staats-
anwaltschaft zunächst aufgearbeitet, um sobald als irgend möglich
wenigstens einen Teil der Anklage gegen Kutischer und Genossen
erheben zu können.

Ver spätete Weihnachtsgeschenke.

Mit wenig geringen Mitteln eine herrliche Weihnachtsfeier zu
veranstalten ist, zeigte die Bezirksgruppe Friedrichshagen des „Bun-
des der Kinderreichen“ gestern in den Andreas-Beständen.
Man konnte es beim Eintritt in den Saal mit der Angst bekommen,
ob der großen Menge von Kindern, die da versammelt waren. Es
war ein ungeduldig Böckchen und die Erwartung wurde auch ange-
sichts der langen Bekleidungsstücke auf eine harte Probe gestellt.
Neben dem blauen Kindergeflücht war es anzusehen, daß die Eltern
am „heiligen Christfest“ zu Hause keinen Gebentisch besetzen konnten.
Die bunten Teller und die kleinen, aber nützlichen Gebente hatte
das Festkomitee durch Sammlungen im engsten Freundeskreise zu-
sammengebraut. Freundliche Helfer sorgten nicht nur für eine Ab-
wicklung der Befahrung, was wirklich kein Kinderfest war, sondern
gaben auch in musikalischen und deklamatorischen Darbietungen ihr
Bestes. Die Bezirksgruppe hat bewiesen, daß es ihr mit ihren
Grundlagen ernst ist.

Eine große Weihnachtsfeier für die Blinden von Groß-Berlin
veranstaltete der im Jahre 1860 begründete „Verein der Blinden-
verein“. Im „Alou“ in der Mauerstraße wurden hier 1400 Be-
sitzer und mit nützlichen Geschenken versehen, wovon 900 Blinden
in Stadt und Provinz, die aus irgendwelchen Gründen am
Erscheinen verhindert waren, sind die Boden direkt zugesandt worden,
so auch den Kriegserkrankten, die schon einige Tage zuvor eine be-
sondere Feier veranstaltet hatten. Da etwa 80 Prozent der Erkrankten
den ärmeren Bevölkerungsschichten angehören, ist bei der Befahrung,
die für die Weihnachtsbefahrung über 40 000 Geldmark auf-
wandte, wohl fast allen bedürftigen Blinden eine Festesfreude be-
reitet können.

Die Gebühr für Auslandspostkarten beträgt vom 1. Januar 1925
an 15 Pfennig. Die jetzigen Weltpostkarten zu 20 Pf. und zu
20+20 Pf. (Antarktisarten) bleiben im Verkehr und werden vom
1. Januar 1925 ab zu 15 und 20 Pf. von der Post verkauft. — Ver-
dorbene Weltpostkarten werden alsdann nur noch gegen andere
Weltpostkarten umgetauscht. — Aus Postkarten, Briefumschlägen,
Streifbändern usw. ausgeschnittene Freimarkenstempel dürfen vom
1. Januar an zur Freimachung von Postsendungen nicht mehr be-
nutzt werden.

Bannerwehe in Potsdam. Der Sozialdemokratische
Wahlverein Potsdam beging am Sonnabend im festlich
geschmückten Saal des Restaurants Hoffjäger, Luckenwälder Straße,
seine Bannerwehe in Verbindung mit der Weihnachtsbefahrung,
die viele freudestrahlende Gesichter hinterließ und eine Stimmung
schuf, die dem weiteren Gelingen des Abends förderlich war. Der
Bereinsvorsitzende, Genosse Duellner, hielt die Begrüßungsan-
sprache. Nach ihm nahm Genosse Krüger, Berlin das Wort zur
Bannerwehe. In seinen Ausführungen entwickelte er in großen Zügen
die Geschichte des Sozialismus und schilderte die historische Mission
der sozialistischen Lehre, ihr Wirken und Kämpfen um die Men-
schheitsrechte. Namens der Ortsgruppe nahm der Vorsitzende das neue
Banner in Empfang und erlegte das Gelöbnis ab, daß es in fried-
lichen und stürmischen Tagen der Sozialdemokratischen Ortsgruppe
Potsdam voranleuchten solle. Das Banner ist ein Geschenk der
Frauengruppe Potsdam.

Falsche kommunistische Aufzählungen. In der bekannten un-
sinnigen, moßlosen Form wird in der „Koten Fahne“ unser Genosse
Tischmann aus der Schützmannstraße angefahren, weil er als Wahl-
leiter des 844. Wahlbezirks Kommunisten in freier, brutaler
Tonart aus dem Wahllokal gewiesen haben soll. Genosse Tischmann
weist jetzt in einer Zuschrift und in der Abchrift einer an die „Kote
Fahne“ gefandenen, von allen Mitgliedern des Wahlkomitees unter-
zeichneten Berichtigung, die aber die „Kote Fahne“ nicht veröffent-
licht hat, nach, daß sich alles in besserer Ordnung abgespielt hat. Das
Arbeitszimmer des Wahlkomitees war sehr klein, so daß für Nach-
wähler kein Raum vorhanden war. Die „freie, brutale Tonart“ ist
jedoch, wie man das schon kennt, bei ganz anderen Leuten zu Hause.

Das Rose-Theater besitzt die Geschmackslosigkeit, in einer Ut-
Berliner Waise „Das Mädchen von Schöneberg“
eine gereimte Unterhaltung über den Ragdeburger Prozeß einzurichten.
Allen Theaterbesuchern, die in der Herabwürdigung des
Reichspräsidenten eine Befriedigung der Republik sehen und die an
derartigen Antempelungen keinen Gefallen finden, wird daher das
alte Stück keine Freude machen.

Stilvollere der Gewissenhaft Deutscher Bühnengedächtnisse. Die
Genossenschaft Deutscher Bühnengedächtnisse ver-
anstaltet Ellender in sämtlichen Räumen des Hotels „Der Kaiserhof“
angenehm ihrer Unterhaltungsstellen eine Silberrückkehr mit
besonders ausserordentlichem Programm und anlässlichdem
Reisefest. Das nähere Programm wird noch bekannt werden. Beileitung:
Karl Weip. Musikalische Leitung: Kapellmeister Arthur Guttman.
Eintritt pro Person 40 Pf. einschließlich Souper. Stabesstellen werden
schon heute im Hotel „Der Kaiserhof“ (Telephon Zentrum 10100-10110)
und im Festleitungsbureau, Berlin W., Reihstr. 11 parterre, Zimmer 5
(Telephon Köpenick 5680) entgegen genommen.

Standung eines deutschen Dampfers. Der deutsche Dampfer
„Claus Horn“ aus Hensburg ist gestern auf dem Clefante-
grunde bei Romslo im Großen Belt gestrandet. Ein Bergungs-
dampfer ist von Korsör zur Hilfeleistung abgegangen.

